

SPD will Hartz-IV-Gesetze nachbessern

Bei einer Kreiskonferenz der Partei hat Bundestagskandidat Jörg Nürnberger erneut bekräftigt: Er will im Wahlkreis das Direktmandat holen.

Von Herbert Scharf

Weißensstadt – „Der Schulz-Effekt tut uns gut.“ Mit diesen Worten ist Unterbezirksvorsitzender Ulrich Scharfenberg in die SPD-Kreiskonferenz im Gasthaus „Stadtbad“ am Weißensstädter See gestartet. Das merke man auch beim Mitgliederzuwachs. Zwanzig „Neue“ haben demnach im Unterbezirk ihren Mitgliedsantrag unterschrieben. Ziel sei bei der kommenden Bundestagswahl, dass der neue Bundeskanzler Martin Schulz heiße. Wie kein anderer stehe Schulz für soziale Gerechtigkeit, das Kernthema im Wahlkampf.

Scharfenberg fügte hinzu, bei der Hartz-IV-Gesetzgebung habe man Fehler gemacht, die jetzt korrigiert werden müssten. Mit Jörg Nürnberger habe man im Unterbezirk den richtigen Kandidaten aufgestellt, der das Direktmandat anstrebe.

Jörg Nürnberger zog anschließend Bilanz über sein erstes Jahr als Kreisvorsitzender. Den über vierzig Abgängen, etwa zur Hälfte durch Todesfall, stünden zehn neue Mitglieder gegenüber, begann er und erklärte: „Es geht wieder aufwärts“. Bei den Jusos gebe es einen Neuanfang.

Nürnberger erinnerte an die Ehrung von Dr. Peter Seißer mit der Vollmar-Medaille, der höchsten Auszeichnung der bayerischen SPD. Rund hundert Mitglieder hätten sich an der Gipfeltour auf die Kösseine mit der SPD-Generalsekretärin Katarina Barley beteiligt.

Ein Kernthema bei der SPD sei auch die Innere Sicherheit, fuhr Nürnberger fort und kritisierte heftig den „arroganten“ Umgang der herrschenden CSU mit den Einsprüchen aus dem Landkreis gegen die Auflösung der Polizeiinspektion in Selb.

Bei der SPD werde mit Kreiskonferenzen Politik von unten nach oben gemacht, sagte der Bundestagskandi-



Landtagsvizepräsidentin Inge Aures (rechts) kritisierte die hohe Zahl der Überstunden, die Polizeibeamte in Marktredwitz, Wunsiedel und Selb leisten müssten. Die Diskrepanz zwischen Soll- und Ist-Stärke sei nicht hinnehmbar, sagte sie. Foto: Herbert Scharf

dat. Er erinnerte an die Bemühungen um einen Lärmschutz an der Bahnlinie Hof-Marktredwitz. Hier sei jetzt die Politik am Zug.

Auf den Landkreis Wunsiedel eingehend, rief Nürnberger in Erinnerung, dass der Landkreis in den 1970er-Jahren noch 104000 Einwohner zählte. Heute seien es gerade noch 74000. Den Anfang für eine Trendwende machten genehmigungsfähige Haushalte bei allen Kommunen. Der Politiker sprach sich für wohnortnahe

Krankenhaus-Versorgung aus. Bei der Planung des B 303-Ausbaus sei es gelungen, die Teilung des Tröstauer Golfplatzes zu verhindern.

Der Bundesverkehrswegeplan sei Gesetz, betonte Nürnberger. Damit müsse auch bald eine Ertüchtigung der Bahnlinie Nürnberg-Marktredwitz mit einem Lärmschutz begonnen werden. Der Kreisvorsitzende

brach eine Lanze für den Ausbau des Radwegenetzes im Interesse des Tourismus, aber auch der Radfahrer in der Region.

Kritik übte Nürnberger an der Schließung des Pflege-Studiengangs in Marktredwitz. Hier habe er die Proteste der einheimischen Politiker vermisst. Als Ersatz forderte er die Ansiedlung einer Hochschule in Marktredwitz.

Nach den Berichten der Arbeitsgemeinschaften bekräftigte die Kulmbacher Landtagsabgeordnete und Parlamentsvizepräsidentin Inge Aures: „Wir brauchen einen SPD-Abgeordneten aus dem Unterbezirk in Berlin.“ Zum Thema Innere Sicherheit kritisierte sie die hohe Zahl der Überstunden, die Polizeibeamte in Marktredwitz, Wunsiedel und Selb leisten müssten. Die Diskrepanz zwischen Soll- und Ist-Stärke sei nicht hinnehmbar, fuhr sie fort und kündigte dazu Anfragen im Landtag an. Auch der Skandal um die Bayern-Ei-Affäre müsse vor einem Untersu-

Mehrere Anträge

Mit dem Thema soziale Gerechtigkeit befassten sich mehrere Anträge aus dem Kreisverband zum Bundestag. So fordert der SPD-Ortsverein Thiersheim eine „Rückführung der Befristungsmöglichkeiten auf den ursprünglichen Sinn der Befristung von Arbeitsverträgen ohne Sachgrund.“ Auch die Beschäftigung von Leiharbeitern solle auf die ursprünglichen Pläne von Krankheitsvertretungen und die Abdeckung von Auftragsspitzen zurückgeführt werden. Eine Auslagerung mit Werksverträgen solle unmöglich gemacht und die Einhaltung des Mindestlohns stärker überwacht werden.

Zur Begründung heißt es in dem Antrag, dass trotz nahezu Vollbe-

schäftigung immer mehr Menschen von Armut bedroht seien. Leiharbeit dürfe eine Dauerbeschäftigung nicht ersetzen.

Ebenfalls aus Thiersheim kommt der Antrag, das Rentenniveau sofort wieder auf fünfzig Prozent anzuheben und das Renten-Eintrittsalter wieder auf 65 Jahre zu senken. Immer mehr Rentner müssten Grundsicherung beantragen. Das sei nicht hinnehmbar.

Im dritten Antrag aus Thiersheim geht es um die Steuergerechtigkeit. Hier müsse eine Gleichbehandlung von gewerblicher Arbeit und Kapitalerträgen erreicht werden. Steuerflucht müsse verhindert werden. Einkommen seien dort zu versteuern, wo sie erzielt werden.

chungsausschuss geklärt werden. Schließlich würdigte Aures den Einsatz der ehrenamtlichen Mitarbeiter, die das staatliche Versagen in der

Flüchtlingsfrage aufgefangen hätten.

Mit Blumen bedankte sich Kreisvorsitzender Nürnberger bei der Referentin.